

Erhebliche Verschlechterung der Lage für Tamilen

von Walter Keller

Bei dem folgenden Text handelt es sich um Auszüge aus jüngsten Gutachten, die im Auftrag mehrerer Verwaltungsgerichte vom Autor zur aktuellen Situation in Sri Lanka erstellt wurden.

Der Norden und Osten

Die Lage der tamilischen Bevölkerung im Norden und Osten hat sich mit dem Scheitern der Friedensverhandlungen und dem Wiederbeginn militärischer Auseinandersetzungen ("Eelam War III") zwischen Regierungstruppen und den 'Liberation Tigers of Tamil Eelam' wieder erheblich verschlechtert. Dies betrifft sowohl die Sicherheitslage weiter Teile der Bevölkerung als auch ihre Versorgung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten.

Die zahlreichen militärischen Offensiven seit Juli 1995 auf die Jaffna-Halbinsel zur Zerschlagung der LTTE haben einer nach der Regierungsübernahme durch Frau Kumaratunga optimistische-

ren tamilischen Bevölkerung erneut vor Augen geführt, daß sie offensichtlich auch von den neuen Machthabern in Colombo kaum mehr als Versprechen zu erwarten hat, die nicht eingehalten werden.

Obwohl die Regierung immer wieder betont hatte, man wolle sich bei der militärischen Vorgehensweise im Vergleich mit der Zeit vor August 1994 an "höheren Standards" orientieren, sind diese Ansprüche leider nur teilweise umgesetzt worden. Ähnlich wie in früheren Jahren gab (und gibt) es bei den militärischen Offensiven seit Juli 1995 immer wieder auch Bombardierungen und Granatenbeschuß von nicht-militärischen Zielen durch Armee, Marine und Luftwaffe, bei denen zahlreiche Zivilisten ums Leben kamen. Vermeintlich si-

chere Orte wie Schulen, Kirchen und Tempel wurden nicht geschützt, obwohl sie zuvor der Bevölkerung gegenüber von den Sicherheitskräften als sichere Zufluchtsorte ausgewiesen waren.

In einem Memorandum an die Präsidentin schreibt das Bürgerkomitee von Jaffna: "... Obwohl die Streitkräfte immer wieder betonen, sie seien nur in einen Krieg mit der LTTE verwickelt, sieht es tatsächlich jedoch so aus, daß Armee und Marine willkürlich zivile Ziele mit Granaten beschießen. ...". In dem Schreiben werden für die Zeit zwischen dem 1. und 4. August zahlreiche Vorfälle näher bezeichnet, bei denen Zivilisten ums Leben kamen, bei Luftangriffen oder Granatenbeschuß hoher Sachschaden entstand und Menschen aus ihren Häusern flüchten mußten (vgl.:



Regierungssoldaten mit erbeuteten LTTE-Waffen (Foto: 'Frontline')

tamilische Tageszeitung 'Virakesari'/Colombo, 15. August 1995).

Der neueste Bericht der unabhängigen (und äußerst LTTE kritischen) Menschenrechtsorganisation 'University Teachers for Human Rights, Jaffna' (UTHR) vom 4. September 1995 macht diesbezüglich folgende Anmerkungen: "... Auch Granaten landeten weit außerhalb der eigentlichen Kampfzone. Sie fielen auf Naval, Uduvil, auf Gebiete in der Nähe des Flüchtlingslagers im Hindu College von Kukkuvil. Eine landete vor einem Geschäft nahe dem Jaffna Krankenhaus, einer Schutzzone, und nahe dem Green Memorial Krankenhaus von Manipay. Viele gingen nahe dem Waisenhaus in der Memorial Lane nieder. ... Über einhundert Zivilisten wurden durch Granaten getötet. Auch viele Flüchtlinge, die in Richtung Jaffna-Stadt liefen, wurden von Granaten getötet. ..."

In einem "Activity Report" für den 21. und 22. September 1995 der französischen Hilfsorganisation 'Medicines sans Frontières' (MSF), die im Norden den Betrieb in den wenigen vorhandenen Krankenhäusern aufrechterhält, heißt es, daß insgesamt 107 Personen ins Basiskrankenhaus von Point Pedro (im Norden der Jaffna-Halbinsel) während dieser beiden Tage eingeliefert wurden. Die Organisation gibt die Gesamtzahl der Toten für den Zeitraum (in der Region) mit 64 an. 34 der Toten und 27 der ins Krankenhaus eingelieferten Patienten seien unter 12 Jahre alt gewesen. Die meisten seien aus dem Ort Nagerkivil gewesen, wo eine Granate auf eine Schule gefallen sei. Sogar die sonst eher zurückhaltenden UN-Behörden brachte die Nachricht aus Nagerkivil auf den Plan. Der Generaldirektor von UNESCO, der Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur in Paris, Fredrico Mayer, verurteilte in einer Erklärung die Bombardierung der Schule auf das Schärfste. "... Wie auch immer sich die interne Situation stellen mag, nichts rechtfertigt einen Angriff auf eine Schule...". Die Regierung wies die Behauptungen zurück und teilte mit, es habe keinen solchen Vorfall gegeben.

Wegen der existierenden Pressezensur konnten die Berichte bisher nicht verifiziert werden (die Regierung verfügte am 21. September 1995 eine Pressezensur für die Berichterstattung über Vorfälle in Zusammenhang mit Militäraktionen durch Polizei, Streitkräfte und 'Special Task Force'. Sie besteht zwischenzeitlich nicht mehr für ausländische Berichterstatter. Die 'Competent Authority for Censorship' sieht die Notwendigkeit einer Zensur als Ausgleich zwischen den Interessen des Militärs und den der Medien; vgl. Interview mit Edmund Jayasinghe in: 'Colombo Sunday Times', 1. Oktober 1995. Die Maßnahme der Re-

gierung ist von den meisten srilankischen Medien, den Standesvertretungen der Journalisten, z.B. dem 'Free Media Movement', und Oppositionsparteien wie der UNP - aber auch von der LSSP, Koalitionspartner in der regierenden 'Peoples Alliance' - scharf verurteilt worden).

Die Bombardierung ziviler Ziele durch die Streitkräfte reihen sich ein in zahlreiche ähnliche menschenverachtende Aktionen, vor allem der Luftwaffe. Bereits im Juli 1992 wurden der Thurkkai Amman Tempel in Tellipalai bombardiert sowie im November 1993 die St. James Kirche in Jaffna, das Krankenhaus in Kilinochchi und die St. Theresa Schule im selben Ort. Bei allen Vorfällen waren angeblich Stellungen der LTTE, die in der Nähe dieser Einrichtungen lagen, das Ziel. Sie wurden verfehlt, wobei offensichtlich vorher Überlegungen keine Rolle spielten, womöglich zivile Ziele treffen zu können.

Nach den Vorfällen vom 21. Oktober 1995 (Bombenanschlag auf eine Raffinerie und Öltank in der Nähe von Kolonawa/Colombo sowie den Massakern an sinhalischen Zivilisten in mehreren Dörfern im Osten des Landes, wofür die LTTE verantwortlich gemacht wird) haben sich die militärischen Auseinandersetzungen auf der Halbinsel Jaffna nochmals stark intensiviert. Der stellvertretende Verteidigungsminister Ratwatta sagte anlässlich einer Pressekonferenz am 22. Oktober 1995, es sei nur noch eine Frage der Zeit, wann die Truppen die Stadt Jaffna erobern und damit das Kernland der LTTE einnehmen würden.

Die Enttäuschung vieler Tamilen über die Politik der neuen Regierung und die ihnen aus der Vergangenheit bereits bekannte menschenrechtsverletzende Vorgehensweise des Militärs hat möglicherweise dazu geführt, daß die ihrerseits mit repressiven, antidemokratischen und terroristischen Mitteln vorgehenden 'Tamil Tigers' von weiten Teilen der tamilischen Bevölkerung - vor allem im Norden - als das "kleinere Übel" angesehen werden. Viele scheinen bereit zu sein, die LTTE nicht nur finanziell zu unterstützen, sondern auch ihre Kinder als Kämpferinnen und Kämpfer bereitzustellen. Der oben erwähnte Bericht der UTHR macht dazu folgende Anmerkungen: "... Nehmen wir die Rekrutierung von Kindern (durch die LTTE). Die meisten Bewohner Jaffnas sind damit wohl nicht einverstanden. Viele, die Kinder im kampffähigen Alter haben, sind verängstigt. Andererseits gibt es jedoch eine zunehmende Tendenz, den Militärdienst in den Kadern der LTTE als eine Art Verpflichtung zu akzeptieren ..."

Auch die Praktik des "Verschwinden-

lassens" hat in jüngster Zeit wieder zugenommen. Insgesamt sind 29 "Disappearances" bekanntgeworden, 14 aus dem Batticaloa-, zwei aus dem Mullaitivu-, eine aus dem Polonnaruwa-, elf aus dem Trincomalee- und eine aus dem Vavuniya-Distrikt.

Erneut mehren sich die Hinweise, daß die Antwort der Streitkräfte auf Übergriffe der LTTE zunehmend in Racheaktionen gegen die Zivilbevölkerung resultieren. Dies trifft vor allem auf die östlichen Landesteile zu, wo die Streitkräfte - nach anfänglich starker Präsenz - seit etwa Juli 1995 sowohl die Truppenstärke reduziert als auch Militärlager geschlossen haben, um Truppenkontingente für die Großoffensiven auf der Jaffna Halbinsel zusammenzuziehen.

'amnesty international' (London) veröffentlichte im Juni 1995 den Bericht "Sri Lanka - Reports of extrajudicial executions during May 1995" (AI Index: ASA 37/10/95). Darin heißt es, daß es im Mai 1995 zu mindestens einem Dutzend außergerichtlicher Hinrichtungen durch Polizei, Armee, 'Special Task Force' und moslemische Bürgerwehren als Vergeltungsaktionen für Überfälle der LTTE auf Angehörige der Sicherheitskräfte im Osten gekommen sei.

Nach Aussagen eines Parlamentariers der gemäßigten und im Parlament vertretenen 'Tamil United Liberation Front' (TULF) sind im östlichen Batticaloa z.B. Zivilisten zum Räumen von Minen und als lebende Schutzschilde eingesetzt worden. Eine Delegation der Organisation 'Campaign for Peace with Democracy' hat zwischen dem 30. Juni und dem 3. Juli 1995 Gebiete in der Ostprovinz besucht und über die Reise einen Bericht veröffentlicht. Darin wird u.a. die Verschlechterung der Lage der Menschenrechte in dieser Region kritisiert, in der es auch in der Vergangenheit schon zu schwersten Menschenrechtsverletzungen kam. Viele Bürger beschwerten sich über die Regierung und die dort stationierten Streitkräfte, heißt es in dem Bericht. So seien das Benehmen und die Aktionen der Sicherheitskräfte im Batticaloa Distrikt mit Verhaftungen, Kontrollen, Belästigungen und Folter nicht anders als zu Zeiten der 'United National Party', die bis August 1994 die Regierungsgeschäfte führte.

Der Süden/Westen

Seit der Krieg im Norden und Osten durch zahlreiche Terroraktionen, für die die LTTE verantwortlich gemacht wird, auch wieder Colombo erreicht hat (z.B. Bombenexplosionen im August und Oktober 1995), ist die Lage für viele der

dort lebenden Tamilen erneut unsicher. Viele tamilische Bewohner Colombos und seiner Vororte, besonders aber Neuankömmlinge aus dem Norden und Osten, geraten unter Pauschalverdacht und werden von den Sicherheitskräften mit der LTTE in Zusammenhang gebracht. Die LTTE-Phobie hat während der letzten Monate zur Verhaftung von Tausenden von Tamilen in und um Colombo geführt. Es handelt sich dabei zum großen Teil um willkürliche Verhaftungen, weil schätzungsweise neun von zehn aller Festgenommenen bereits innerhalb von 48 Stunden - nach eher flüchtigen Kontrollen - wieder freigelassen werden (wobei es kaum verifizierbar ist, was mit den Inhaftierten während dieser Zeit passiert). Dies deutet an, daß Verhaftungen nicht auf der Grundlage von ernsthaften Verdachtsmomenten erfolgen, sondern nur deshalb, weil diese Personen Tamilinnen und Tamilen sind. Angehörige müssen mitunter sogar Schmiergelder an die Polizei bezahlen, um eine Freilassung zu erwirken. Die srilankische Presse hat in jüngster Zeit über eine bekannt gewordene Lösegelderpressung berichtet: "A full scale investigation into the activities of several city based policemen has been ordered by Police Chief Frank de Silva, following allegations that these officers had extorted large sums of money from Tamil detainees in return for their release. The suspect officers include at least six Inspectors and several senior sergeants attached to police stations in the metropolis, according to police sources. ... According to the sources, the suspect officers deliberately take into custody affluent Tamils living in the city and threaten to link them with the LTTE if they refuse to pay up the demanded sum. The sources said that the victims did not report such incidents for fear of reprisals. ... During the past few weeks, hundreds of Tamils from the North and East were picked up by police following reports that the LTTE had sent several hit teams into the city to assassinate key political figures and attack vital commercial establishments. ..." (vgl.: 'Colombo Sunday Times' vom 11. Juni 1995).

Verhaftungen und 'round-ups' finden nicht nur im Großraum von Colombo, sondern auch in anderen Gebieten statt. So wurden z.B. Mitte September 1995 insgesamt 149 Tamilen in Hingurakgoda (Polonnaruwa-Distrikt) verhaftet. Den Personen, die aus Orten im Osten des Landes angereist waren, wurde vorgeworfen, im Auftrag der LTTE in die überwiegend von Sinhalesen bewohnten Gebiete des Distrikts infiltriert zu sein.

Seit der Wiederaufnahme der militärischen Auseinandersetzungen im April 1995 hat die Praktik des

"Verschwindenlassens" im Norden und Osten sowie in Colombo wieder aufgenommen. 28 Leichen wurden während der letzten Monate in den südlichen Landesteilen auf Flüssen und Seen treibend entdeckt. Sie wiesen Schußwunden und Folterspuren auf, bei manchen waren Füße und Hände gefesselt und mittlerweile steht fest, daß es sich bei den meisten der aufgefundenen Personen um Tamilen handelt. Die Präsidentin hat am 29. Juni 1995 eine Untersuchung der Umstände, die zum Tod der elf bis zu diesem Zeitpunkt entdeckten Leichen führten, angeordnet.

Mittlerweile haben sich die Vermutungen verdichtet, daß diese Personen von Angehörigen einer Sonderpolizeieinheit, der 'Special Task Force' (STF) umgebracht worden sind. Die STF war in den letzten Jahren vorwiegend in der Osthälfte Sri Lankas stationiert und vermutlich auch dort für die Verschleppung und Tötung Tausender von Tamilen verantwortlich. Auch während der Jahre 1988-1990 wurde die STF im Zusammenhang mit der Aufspürung von Angehörigen und Sympathisanten der sinhalaisisch-radikalen 'Janata Vimukthi Peramuna' (JVP) in "Counter Insurgency"-Operationen eingesetzt und von internationalen Menschenrechtsorganisationen der Verschleppung von tausenden von sinhalaisischen Jugendlichen beschuldigt.

Das 'Criminal Investigation Department' (CID) hat zwischenzeitlich insgesamt 20 Soldaten und Angehörige der STF und des 'Directorate of Military Intelligence' festgenommen. Offensichtlich sind die Personen aus kleinen Hotels und Gasthäusern oder von der Straße weg entführt worden. Auf einer Pressekonferenz des CID am 30. August 1995 wurde mitgeteilt, man habe herausgefunden, daß die Opfer gefoltert und anschließend mit Plastikhandschellen erwürgt worden seien. Anschließend habe man die Toten in einen ungenutzten Toilettenraum verbracht, bevor sie später in Flüsse und Seen in der Nähe der Hauptstadt geworfen wurden. Den Verhafteten wird nun Verschleppung, Folter und Mord vorgeworfen. Die gerichtsmedizinischen Stellen haben die Schädel von 21 der aufgefundenen Leichen zu weiteren forensischen Untersuchungen nach England fliegen lassen.

Nach diesen spektakulären Vorfällen wurden im September 1995 weitere Leichen in den südlichen Gebieten gefunden. Eine wurde im Heenela Kanal in Narahenpita, Colombo 5, entdeckt, zwei in Uswetakeiyawa nördlich von Colombo. Zwei weitere lagen an der Straße zwischen Colombo und dem Flughafen. Am 27. September 1995 wurde ein verstümmelter Leichnam aus dem Bolgoda See südlich von Colombo geholt. Die

Untersuchungen dauern an; drei der Opfer konnten bisher identifiziert werden (zwei Sinhalesen und ein Moslem). Bisher ist nicht klar, ob diese Morde einen politischen Hintergrund haben.

Am 2. Juni 1995 wurden in der südlichen Stadt Galle 28 Geschäfte von einem sinhalaisischen Mob in Brand gesteckt. Die Attacke richtete sich gegen die in der Stadt befindlichen tamilischen Geschäfte, wobei allerdings durch Übergriff der Flammen auch sieben nicht-tamilische Läden (sinhalaisische und moslemische) zu Schaden kamen. Nach diesen Brandschätzungen wurden weitere zwölf Häuser, die entweder Tamilen gehörten oder von ihnen angemietet waren, in Brand gesteckt. Diese Vorfälle machten insgesamt 400 in Galle lebende Tamilen zu Flüchtlingen (sie suchten Schutz in zwei Tempeln) und ließen bei ihnen Erinnerungen an die anti-tamilischen Pogrome des Jahres 1983 wach werden.

Hintergrund der Attacken, die in der Nacht vom 2. auf den 3. Juni 1995 begannen, sind vermutlich Racheaktionen von - möglicherweise politisch gesteuerten - sinhalaisischen Mobs im Anschluß an die Ermordung des bekannten buddhistischen Mönchs Ven. Matara Kitalagama Seelalankara Thero in Dimbulagala (Polonnaruwa-Distrikt) am 27. Mai 1995 sowie dem Massaker an 42 sinhalaisischen Siedlern im Dorf Kallarawa im Trincomalee Distrikt am 26. Mai 1995 durch die LTTE.

Vor der Beerdigung des Mönchs am 2. Juni 1995 war die Situation in Galle bereits sehr angespannt. Tamilische Geschäftsleute hatten der Polizei von Postern berichtet, die in der Stadt angebracht worden waren und Drohungen gegen die dort lebende tamilische Bevölkerung zum Inhalt hatten. Bereits gegen 17 Uhr wurde ein tamilischer Jugendlicher, der bei der tamilischen Firma 'Prasad' beschäftigt ist, von einem Mob angegriffen.

Trotz dieser Vorfälle unternahm die Polizei nichts. In dem Bericht einer Nichtregierungs-Untersuchungskommission (sie hatte kurz nach den Vorfällen die Region besucht und den Bericht "The Galle Attacks, a Report of the Independent Committee of Inquiry" veröffentlicht) heißt es u.a.: "... Nach unserer Einschätzung trifft die Polizei eine große Schuld, weil sie den vielen Warnungen im Vorfeld der Attacke auf die tamilischen Bürger der Stadt keine Beachtung schenkte. Dies trifft auch für die eigentlichen Vorgänge zu. Erst der Bildungsminister, Richard Pathirana, brachte die Polizei dazu, etwas zu unternehmen. Aber zu diesem Zeitpunkt war es bereits zu spät, da die Attacke sehr gut organisiert war. Nach offizieller Schilderung brach das Feuer in drei Straßen des Ba-



Auch Güter, deren Transport offiziell erlaubt ist, werden häufig am nördlichsten Kontrollpunkt von Thandikulam (Vavuniya) von den Sicherheitskräften häufig beschlagnahmt (Foto: Walter Keller)

zarviertels zur gleichen Zeit aus. Es konnte erst am nächsten Morgen gelöst werden, nachdem Verstärkung aus Koggala eingetroffen war. Es ist nur dem Minister, der bis zwei Uhr des nächsten Morgens zugegen war, zu verdanken, daß es nach den Brandschätzungen zu keinen weiteren schlimmen Vorfällen kam"

Menschen kamen, wie durch ein Wunder, nicht ums Leben. Nach den Vorfällen wurden laut Angaben des Superintendent of Police, S.P. Burke, ein Kleinbus sowie drei Autoscooter (trishaws) beschlagnahmt. Ihre Fahrer konnten jedoch entkommen. Einige Personen die sich an Plünderungen beteiligt hatten, wurden unmittelbar nach den Vorfällen verhaftet. Am 8. Juni 1995 berichtet 'The Island' von der Verhaftung von zehn Verdächtigen.

Wie der leitende Polizeibeamte gegenüber dem unabhängigen Untersuchungsteam erklärte, sei die Polizei nicht davon ausgegangen, daß es bereits am 2. Juni 1995 zu den Vorfällen kommen würde. Man habe sich auf den 3. Juni 1995 eingestellt und dementsprechend für diesen Tag präventive Maßnahmen und Aktionen geplant. Als möglichen Grund für die Angriffe gab Burke die Monopol-

stellung von Tamilen und Moslems innerhalb des Großhandels der Stadt an.

Präsidentin Kumaratunga machte in einer ersten Erklärung "eine Oppositionspartei" als Drahtzieher verantwortlich (gemeint war hier die UNP). Gewisse Oppositionspolitiker hätten zuvor Äußerungen von sich gegeben, um die Bevölkerung zu provozieren und einen neuen "Schwarzen Juli" (gemeint ist der Juli 1983, als es zu landesweiten anti-tamilischen Pogromen kam) auszulösen. Oppositionsführer Wickremesinghe wies diese Vorwürfe entschieden zurück. UNP Generalsekretär Athukorale warf der Präsidentin vor, ihre Anschuldigungen grundlos und ohne entsprechende Informationen gemacht zu haben ('Sunday Times', 4. Juni 1995).

Nach den Vorfällen wurden laut eines Berichts in der 'Colombo Sunday Times' vom 11. Juni 1995 zwei Polizeibeamte vom Dienst suspendiert und weitere sechs an andere Dienststellen versetzt, weil sie das Verbrechen nicht verhindert hätten. Die Regierung hat den Opfern gegenüber ihre Anteilnahme zum Ausdruck gebracht, ihnen Schadensersatz zugesagt (500.000 Rupien = ca. 15.000 DM) und eine polizeiliche Untersuchung angeordnet. Am 25. Juni 1995 berichtete

der 'Colombo Sunday Leader' über die Entsendung eines CID-Polizeiteams nach Galle, um dort die während der Vorfälle im Einsatz befindlichen Polizeibeamten zu verhören. Wie die Zeitung weiterhin mitteilte, gebe es Anhaltspunkte dafür, daß von den bisher verhafteten Verdächtigen einige Mitglieder oder Sympathisanten der Parteien seien, die das Regierungsbündnis 'Peoples Alliance' bilden. Weitere Informationen liegen zu den Vorfällen nicht vor.

Vermutlich auch im Zusammenhang mit den Morden an einem buddh. Mönch und dem Massaker an sinhalesischen Siedlern in Kallarawa kam es am 4. Juni 1995 zum Übergriff eines sinhalesischen Mobs auf die tamilischen Bewohner ('Indian Tamils') der Nagahawatte Plantage/Elpitiya (Galle Distrikt). Dabei wurde ein neunjähriges tamilisches Mädchen, Subramaniam Gnanaselvi, ermordet, weitere vier Personen wurden verletzt. Insgesamt wurden zehn Line-rooms (Wohnbaracken der Plantagenarbeiter) in Brand gesteckt. Nach diesem Vorfall wurden die Sicherheitsvorkehrungen für Plantagen in der Region durch Polizei und Armee verstärkt.

Am 8. Juni 1995 berichtete die Zeitung 'The Island' über die Verhaftung

von 14 Verdächtigen im Zusammenhang mit der Attacke auf die Plantagenbevölkerung. Wie in Sri Lanka nicht unüblich, werden in dem Zeitungsbericht auch die vollständigen Namen der Verhafteten genannt. Es handelt sich ausschließlich um Sinhalesen, darunter befindet sich ein Soldat, der zum 'Sinha Regiment' gehört. Weitere Informationen zu diesem Vorfall liegen nicht vor.

Am 21. Oktober 1995 wurden in Colombo zwei Tamilen von Sinhalesen zu Tode geprügelt, weil man sie für LTTE Aktivisten hielt.

Die wirtschaftliche Situation

Die allgemeine wirtschaftliche Situation hat sich in jüngster Zeit nicht verbessert. Das Haushaltsdefizit wird 1995 neun Prozent des Bruttosozialprodukts ausmachen. Das Scheitern der Friedensverhandlungen wird den Verteilungsetat für 1996 auf 33,9 Milliarden Rupien (ca. eine Milliarde Mark) ansteigen lassen und ein Sechstel aller Staatsausgaben betragen, wie die Regierung mitteilte (zum Vergleich: Gesundheit und soziale Dienste: 16,6 Mrd., Bildung und höhere Bildung: 9,2 Mrd.).

Für Tamilen, die im Norden und Osten leben, hat sich die wirtschaftliche Lage seit Wiederbeginn der militärischen Auseinandersetzungen weiter zugespitzt. Die Versorgungslage ist besonders schlecht für die Menschen, die in der Nordprovinz leben. Verantwortlich dafür ist eine neue Embargoliste der Regierung, wonach der Transport zahlreicher Güter in die Nordprovinz (mit Ausnahme der Gebiete von Vavuniya-Stadt, Mannar-Insel des Mannar Distrikts sowie den Inseln Karainagar, Elauvativu, Analativu, Nainativu, Mandativu, Kayts und Pungadativu des Jaffna Distrikts) verboten ist. Aber auch andere Güter, deren Transport offiziell erlaubt ist, werden häufig am nördlichsten Kontrollpunkt von Thandikulam (Vavuniya) von den Sicherheitskräften beschlagnahmt. Dieser Vorgehensweise unterliegt ein gehöriges Maß an Willkür und eigenmächtigem Vorgehen der den Kontrollpunkt besetzenden Polizeibeamten und Soldaten. Eine Beschlagnahme von Artikeln erfolgt häufig auch dann, wenn für den Transport dieser Gegenstände in den Norden zuvor eine Genehmigung von den dafür zuständigen Behörden in Colombo ausgestellt wurde. Diese Vorgehensweise und das restriktive Vorgehen in Thandikulam hat in jüngster Zeit zu zahlreichen Protesten von Reisenden, Menschenrechtsorganisationen und internationalen Hilfsorganisationen geführt.

Seit dem 20. April ist auch das weitgefächerte Verbot für den Fischfang, von dem

traditionell zehntausende Menschen im Norden (und auch Osten) abhängig sind, wieder in Kraft. In diesem Zusammenhang gibt es regelmäßige Beschwerden tamilischer Abgeordneter. So hat ein Abgeordneter der 'Tamil United Liberation Front' (TULF) mehrere Briefe an die Regierung gesandt und um die Aufhebung des Verbots gebeten. Nach seinen Aussagen habe man Fischern z.B. in Trincomalee und Mannar nach Erlaß des Verbots Lebensmittelrationen für zwei Wochen zur Verfügung gestellt, anschließend die Menschen jedoch ihrem Schicksal überlassen (vgl.: 'Virakesari' vom 22. August 1995). In einem Editorial von 'Virakesara' vom 2. September 1995 heißt es zur Lage der Fischer u.a.: "Obwohl die Probleme der Fischer mehrfach zur Sprache gebracht wurden, ist bisher nichts geschehen. Man hat ihnen und ihren Familien keine Hilfe gewährt ... Im Amparai Distrikt ist sogar die Inlandfischerei (auf den Lagunen, W.K.) verboten. Allein von diesem Verbot sind 30.000 Familien betroffen."

Maßnahmen der Regierung

Während man der Regierung Kumaratunga den Willen und die Bereitschaft, eine politische Lösung des Konflikts zu erzielen, nach wie vor nicht absprechen kann, gibt es Gruppen innerhalb des Militärs, die einer militärischen Lösung das Wort reden. Es kann davon ausgegangen werden, daß diese Teile nicht ohne Einfluß auf die Regierung sind.

In der Verhaftung von Angehörigen der Streitkräfte und der Einsetzung einer Untersuchungskommission im Falle der im Großraum von Colombo während der vergangenen Monate aufgefundenen Leichen sehen internationale Menschenrechtsorganisationen die Bemühungen der Regierung, die Verletzung von Menschenrechten strafrechtlich zu verfolgen und Angehörige der Sicherheitskräfte für begangene Straftaten zur Verantwortung zu ziehen. Ein Ende August 1995 eingebrachter Gesetzesentwurf zur Gründung einer staatlichen Menschenrechtskommission ('Human Rights Committee') sowie das erneute Inkrafttreten wichtiger Vollmachten der 'Human Rights Task Force' (HRTF) am 7. Juni 1995 gehen in dieselbe Richtung und könnten zukünftig einen größeren Schutz vor willkürlichen Verhaftungen, Folter und Verschwindenlassen bieten (die HRTF verfügt über Büros in Colombo, Kandy, Matara, Batticaloa, Anuradhapura, Trincomalee, Vavuniya, Badulla, Ampara und Kalmunai). Sie wurde ursprünglich 1991 durch die Notstandsgesetzgebung eingeführt. Ihre Aufgaben wurden im September 1994 eingeschränkt, und ihr Status war unklar. Unter den 'Emergency Regula-

tions' No. 1 von 1995 erhielt die HRTF jedoch wieder weitgefächtere Aufgaben. So muß sie spätestens innerhalb von 48 Stunden über alle Verhaftungen und Festnahmen informiert werden. Auch der Ort, an dem Personen festgehalten werden, sowie die Verbringung an einen anderen Ort, muß der HRTF innerhalb dieser Zeit bekanntgegeben werden. Weitere Direktiven, die von der Präsidentin erlassen wurden, sehen die Pflicht der verhaftenden Stelle vor, entweder Verwandte oder Freunde eines/einer Verhafteten zu benachrichtigen. Inhaftierten muß außerdem eine "angemessene Gelegenheit" gegeben werden, mit Verwandten oder Freunden Kontakt aufzunehmen, um diese über Verhaftung und Aufenthaltsort zu unterrichten.

Wegen der weiter anhaltenden Kritik an der Vorgehensweise der Sicherheitskräfte hat die Regierung am 4. September 1995 eine Ergänzung der 'Emergency Regulations' Nr. 19 verfügt. Diese sieht vor, daß jede Verhaftung durch das Militär innerhalb von 24 Stunden der nächsten Polizeistation dann gemeldet werden muß, wenn absehbar ist, daß die Untersuchungen eine längere Zeit in Anspruch nehmen (die alten Bestimmungen sahen einen Zeitraum von sieben Tagen vor).

Es bleibt jedoch abzuwarten, ob Anspruch und Wirklichkeit nicht allzusehr auseinanderklaffen, wie dies bei zahlreichen Erlassen und Gesetzen gerade bei der Vorgänger- (UNP) jedoch auch bereits bei der amtierenden Regierung der Fall war. Aus Menschenrechtskreisen kommen bereits Vorwürfe, die Verfolgungsbehörden würden sich nicht immer an die oben aufgeführten Vorschriften halten.

Perspektiven

Eine Rückführung ins Heimatland ist für Tamilinnen und Tamilen wegen der wieder eskalierenden Lage im Norden und Osten - aber auch wegen Razzien und zunehmenden Übergriffen auf sie in den südlichen Landesteilen - derzeit nicht angezeigt.

Wie aus den obigen Schilderungen zur politisch-militärisch-wirtschaftlichen Lage hervorgeht, kann derzeit für Rückkehrer aufgrund der schweren militärischen Auseinandersetzungen zwischen LTTE und Regierungstruppen weder für den Norden und Osten Sicherheit garantiert werden, noch gibt es sichere inländische Fluchtalternativen (z.B. in den südlichen Landesteilen). Prognosen, wie sich die Lage kurz- und mittelfristig entwickeln wird, sind momentan nicht möglich. Wenn auch die Anstrengungen der neuen Regierung Kumaratunga nach einer politischen Lösung des Volksgruppenkonflikts Anerkennung

verlangen, so ist das weitere Schicksal der im Juli präsentierten Vorschläge, die ein föderatives Staatengebilde vorsehen, derzeit noch äußerst ungewiß. Auf jeden Fall ist nicht damit zu rechnen, daß diese Vorschläge sich in absehbarer Zeit realisieren lassen.

Vieles hängt davon ab, inwieweit die Vorschläge von der größten Oppositionspartei, der UNP, unterstützt werden. Ende September hat ihr Generalsekretär Athukorale bekanntgegeben, die UNP werde eigene Vorschläge zur Lösung des Konflikts unterbreiten, jedoch an den weiteren Verhandlungen des 'Parliamentary Select Committee' teilnehmen (vgl.: 'Colombo Sunday Observer', 1. Oktober 1995). Mittlerweile wurde von der Regierung bekanntgegeben, daß das 'Committee' seine Beratungen wohl nicht vor Ende 1995 beenden wird (vgl.: 'Colombo Sunday Times', 8. Oktober 1995). Die Stimmen der UNP werden von der Regierung benötigt, da für die Annahme der Vorschläge eine Zweidrittelmehrheit im Parlament notwendig ist. Sollten sie das Parlament passieren, muß anschließend noch die Zustimmung der Bevölkerung durch ein Referendum eingeholt werden.

Unabdingbar für die Umsetzung der Regierungsvorschläge ist ihre Akzeptanz durch die LTTE. Deshalb muß auf die erneute Aufnahme von Friedensgesprächen zwischen Regierung und LTTE gedrängt werden. Dies erscheint jedoch zum jetzigen Zeitpunkt als unrealistisch. Auf der anderen Seite können nur solche Verhandlungen und - ob man dies von Regierungsseite will oder nicht: mit der LTTE - weiteres Blutvergießen verhindern und eine politische Lösung herbeiführen.

Wenn die Regierung der Bedrohung durch die LTTE - die zweifelsohne gegeben ist wie sich in den letzten Wochen bei Anschlägen in Colombo oder zahlreichen Übergriffen auf Dörfer im Osten, wo über 150 sinhalesische Siedler brutal abgeschlachtet wurden, gezeigt hat -, weiterhin nur die alten, auch vom Vorgängerregime angewandten Strategien und Strukturen, benutzt, wird dies in einer weiteren Entfremdung der tamilischen Bevölkerung resultieren, die Position der LTTE - mit ihrer jetzigen Forderung nach Teilung des Landes und Etablierung eines unabhängigen Tamilenstaates, Tamil Eelam - zunehmend

stärken und die allgemeine Lage im Land zunehmend chaotisieren. Es sind die Streitkräfte - und dies hat sich angesichts der zahlreichen Militäroffensiven seit Juli 1995 gezeigt -, die in "alter Manier" für massive Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind. Ihnen gelingt es weiterhin nicht, zu unterscheiden zwischen dem Wunsch der Mehrheit der tamilischen Zivilisten nach Frieden und der Strategie und Taktik der LTTE, die Regierung durch Terroraktionen zu verunsichern und möglicherweise durch Anschläge auf sog. "key installations" und vor allem auf sinhalesische Siedler Pogrome von Sinhalesen an Tamilen zu provozieren, die im Süden leben.

So fragen sich viele Tamilen wieder einmal, ob es der Regierung überhaupt ernst ist mit einer politischen Lösung (die Regierung plant derzeit, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, um ausreichend Truppen zur Verfügung zu haben).

Während die militärischen Auseinandersetzungen zwischen Mai und Anfang Juli noch vorwiegend Opfer auf Seiten der jeweiligen Kampfverbände brachten, forderten die 'Operation Leap Forward' im Juli und die anderen anschließend durchgeführten Militärationen auf der Halbinsel Jaffna auch einen hohen zivilen Blutzoll: Viele hundert Zivilisten - darunter überdurchschnittlich viele Kinder - kamen ums Leben, Hunderttausende mußten - meist vorübergehend - ihre Wohngebiete auf der Flucht vor Bombardierung und Granatenbeschuss verlassen. Mit den Militärationen hat die Regierung Kumaratunga viel von ihrem großen Vertrauensvorschuß verspielt, der ihr auch von Tamilen des Nordens und Ostens (im Osten stimmten bei den Präsidentschaftswahlen vom November 1994 über 60 Prozent der tamilischen Bevölkerung für Frau Kumaratunga) eingeräumt wurde.

Nach wie vor sind drakonische Gesetze in Kraft ('Emergency Regulations', 'Prevention of Terrorism Act'), die der Regierung und den Sicherheitskräften weitgefaßte Vollmachten einräumen und z.B. für die Inhaftierung von Tausenden von Tamilen im Süden die rechtliche Grundlage bilden (in den folgenden Gebieten Sri Lankas gelten derzeit die 'Emergency Regulations': Im gesamten Gebiet der Nord- und Ostprovinz, den

In eigener Sache

Liebe Leserinnen und Leser, die letzte Ausgabe von 'Südasiens' für 1995 ist zugleich die dritte Doppelnnummer des laufenden Jahres. Diese in früheren Jahren nicht praktizierte Vorgehensweise liegt zum einen an der großen Materialfülle, die uns aufgrund der aktuellen Ereignisse in Südasiens vorliegt, zum anderen aber auch an der noch immer angespannten finanziellen Situation aufgrund unseres Umzugs ins Asienhaus nach Essen. Letztere konnte durch den Spendenaufruf, der in der letzten Ausgabe von Südasiens an die Leserinnen und Leser ergangen ist, zwar um knapp 2.000 DM gemildert werden, ist aber noch immer präsent. Wir möchten uns an dieser Stelle für die eingegangenen Spendengelder bedanken und darauf verweisen, daß die nächste Ausgabe von Südasiens Mitte Januar 1996 erscheinen wird.

Ihr Südasiensbüro

Stadtgebieten von Colombo und Mt. Lavinia, den 'Divisional Secretaries Divisions' [DSD] von Kolonnawa und Nugagoda im Colombo Distrikt, den DSD von Wattala, Ja-ela und Negombo im Gampaha Distrikt, den DSD von Kalpitiya, Wanathawilluwa, Karuwalgaswewa im Puttalam Distrikt, den DSD von Nochchiyagama, Nuwaragampalatha, Medawachchiya, Kebithigollawa, Padaviya und Horowapathana im Anuradhapura Distrikt sowie den DSD von Dimbulagala und Lankapura im Polonnaruwa Distrikt).

In einem Bericht "Sri Lanka - Security measures violate human rights" hat 'amnesty international' (London) im Juli 1995 der Regierung Kumaratunga seine Bedenken gegen zahlreiche Bestimmungen der 'Emergency Regulations' und des 'Prevention of Terrorism Act' übermittelt (IA Index: ASA 37/12/95). Diese seien - vor allem in der Vergangenheit - für Tod in Haft, "Verschwindenlassen" und extralegale Hinrichtungen verantwortlich gewesen.

Mahnwache

Am 17. November findet in Bonn vor der Botschaft von Sri Lanka eine Mahnwache statt. Der Sri Lanka Freundeskreis, München und die Sri Lanka Work Group, Stuttgart, wollen mit dieser Aktion auf die sofortige Einstellung des Krieges im Norden und Osten einwirken, bei dem täglich viele Menschen ihr Leben lassen müssen. Außerdem will man sich für die Realisierung der politischen Vorschläge einsetzen, die kürzlich von der Präsidentin unterbreitet wurden. Weitere Informationen über 089-3115881, 089-3206296.